



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

EUROPÄISCHES JAHR FÜR AKTIVES ALTERN UND SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN 2012

SCHLUSSFOLGERUNGEN DER EWSA-KOORDINIERUNGSGRUPPE



**SCHLUSSFOLGERUNGEN DER
EWSA-KOORDINIERUNGSGRUPPE
EUROPÄISCHEN JAHR FÜR
AKTIVES ALTERN UND
SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN
GENERATIONEN 2012**

EINLEITUNG: DAS EUROPÄISCHE JAHR 2012 UND DER EWSA

Das Europäische Jahr 2012 bot gewissermaßen den Rahmen, um den gesellschaftlichen Beitrag älterer Menschen in den Fokus zu rücken und die Interessenträger sowie die Politiker auf allen Ebenen für die Förderung eines aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen zu mobilisieren.

Um seine Aktivitäten während des Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen aufeinander abzustimmen, richtete der EWSA eine Koordinierungsgruppe aus 15 Mitgliedern unter dem Vorsitz von **Renate Heinisch** (Gruppe III) und **Xavier Verboven** (Gruppe II) ein. Die beiden Vorsitzenden und die Mitglieder der Gruppe haben den EWSA bei mehr als 35 Veranstaltungen im Rahmen des Europäischen Jahres vertreten.

Die Gruppe legte folgende Aktivitäten fest:

- Teilnahme des EWSA an allen wichtigen, im Laufe des Europäischen Jahres in Brüssel und in den Mitgliedstaaten organisierten Veranstaltungen;
- Veranstaltung von Anhörungen und gemeinsamen Anhörungen zu unterschiedlichen Themen rund um das Europäische Jahr;
- Wahrnehmung der Aufgaben einer Studiengruppe, um die Initiativstellungnahme der Fachgruppe SOC zum Thema "Gesellschaftliche Einbeziehung und Teilhabe älterer Menschen" vorzubereiten;
- Öffentlichkeitsarbeit für das Europäische Jahr durch Publikationen, das Internetportal und Veranstaltungen des EWSA;
- Ausarbeitung eines Kurzberichts über die Aktivitäten im Europäischen Jahr.

Die Gruppe arbeitete vollkommen unabhängig und suchte sich während ihrer Wirkungszeit ihre eigenen zu erörternden Themen aus. Über eine Reihe öffentlicher Anhörungen suchte sie das Gespräch mit Vertretern aus Arbeitgeberschaft, Gewerkschaften und regierungsunabhängigen Organisationen darüber, wie wir auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingehen können, wie wir auf die Herausforderungen durch die alternde Bevölkerung in Europa reagieren sollen und wie wir den gesellschaftlichen Beitrag älterer Menschen wertschätzen können.

Jede Veranstaltung der Gruppe war einem spezifischen Thema rund um das Europäische Jahr gewidmet:

- 16/4: Anhörungen zu den Themen "Altersbilder im Wandel – Paradigmenwechsel in der Bildung" und "Gesundes Altern"
- 5/6: Anhörung zum Thema "Gesellschaftliche Einbeziehung und Teilhabe älterer Menschen"
- 20/6: Gemeinsame Konferenz mit der BBS zum Thema "Aktivierung älterer Mitbürger" und "Humanisierung der Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer"
- 11/9: Anhörung zum Thema "Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und das aktive Altern"
- 3/12: Abschlusskonferenz mit einer Bilanz des Europäischen Jahres 2012.

Der EWSA ist der Ansicht, dass, um ältere Menschen umfassend in die Gesellschaft zu integrieren, die im Zuge des Europäischen Jahres ergriffenen Maßnahmen weitergeführt und an die vorangegangenen und die künftigen Europäischen Jahre angeknüpft werden müssen (insbesondere zu den Themen Armut, Freiwilligentätigkeit und Bürgerschaft).

ANERKENNUNG EINER ALTERNDEN BEVÖLKERUNG

Die Anerkennung und Würdigung der Rolle älterer Mitbürger in unserer Gesellschaft wie auch der Schutz ihrer Würde und die

Bekämpfung ihrer Diskriminierung sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Ältere Mitbürger sind, was ihre Arbeitsfähigkeit und Kontaktfähigkeit sowie ihren Gesundheitszustand und ihre sozialen Bedürfnisse angeht, nicht als eine homogene Gruppe zu betrachten und dürfen daher nicht über einen Kamm geschoren werden.

Vielmehr ist eine vertiefte Kenntnis der demografischen Dynamik des Alterns (Gesundheit, Lebenserwartung) als entscheidende Faktoren für Aktivität und Wohlbefinden im Alter notwendig. Außerdem müssen die heiklen Bereiche der Alterung der Bevölkerung und des demografischen Wandels erforscht werden, etwa die Gesunderhaltung und Rehabilitation, die Verlängerung der Erwerbszeit, die Erfordernisse für ein zunehmend selbstverantwortliches Leben, die Fähigkeit zu lernen, ein langes Leben zu leben, die Auswirkungen der zunehmenden Mechanisierung unseres Lebens und weitere Fragen bezüglich der demografischen und technischen Veränderungen in der europäischen Gesellschaft.

Ältere Mitbürger haben spezielle Bedürfnisse. In Bezug auf die Infrastrukturen, die Bereitstellung geeigneter Gesundheits- und Pflegedienste sowie die Beteiligung am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben sollten gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Finanzielle Sicherheit sowie der Zugang zu Aktivitäten wie z.B. Lernen, Beschäftigung und ehrenamtliche Tätigkeit sind für ihre gesellschaftliche Teilhabe entscheidend wichtig.

Güter und Dienstleistungen sollten den Bedürfnissen älterer Mitbürger angepasst sein. Für Senioren ist es wichtig, dass Ladengeschäfte und andere relevante Örtlichkeiten wie Postämter und Banken leicht zugänglich sind. Die leichte Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt für die Erhaltung der Unabhängigkeit älterer Menschen. Neubauten sollten seniorengerecht gestaltet werden und ein sicheres und unabhängiges Wohnen gewährleisten.

Der zusätzliche Bedarf an seniorengerechten Gütern und Dienstleistungen wird auch das Wachstum in Produktion und Beschäftigung ankurbeln. Leistungen der Daseinsvorsorge sind grundlegend dafür, älteren Mitbürgern die praktische

Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermöglichen, und müssen daher ausgebaut werden.

Um den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden und in der Praxis eine größere Solidarität zwischen den Generationen schaffen, hat der Ausschuss eine Reihe von Initiativen empfohlen:

- die Schaffung einer "Europäischen Allianz für aktives und gesundes Altern" neben der "Europäischen Allianz für Familien";
- Übergang von Programmen wie "Senioren in Aktion" und "Jugend in Aktion" zu einem EU-Programm "Generationen in Aktion";
- Benennung von für Demografie zuständigen Beamten in den nationalen Ministerien, die verantwortlich für die Aufstellung von Plänen für Senioren (etwa der "Bundesplan für Seniorinnen und Senioren" in Österreich) und Berichten über die Lage der älteren Bürger sind;
- Schaffung von Ministerien für Generationen und/oder die Entwicklung in den Stadträten von Diensten, die auf die Bedürfnisse der Generationen ausgerichtet sind, anstatt getrennte Beratungsdienste für junge und ältere Menschen anzubieten;
- Veranstaltung einer europäischen Bürgermeisterkonferenz, um den demografischen Wandel anzugehen (analog zur Konferenz über nachhaltige Energie);
- Unterstützung von Mentoring-Programmen für Senioren auf lokaler und regionaler Ebene.

GESUNDES ALTERN

Gesundheit im Alter lässt sich nicht mit einer einzigen Initiative verwirklichen. Dafür ist eine umfassende Strategie mit verschiedenen Ansätzen und Maßnahmen auf individueller (Lebensweise), organisatorischer (Management) und gesellschaftlicher (Politik) Ebene erforderlich.

Gesundes Altern erfordert eine gesunde Ernährung, körperliche Bewegung, geistige Anregung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung umfasst die medizinische (insbesondere geriatrische) Versorgung und Rehabilitation, angemessene Pflegedienste, Beratung und Information über Patientenrechte und Präventionsmaßnahmen, technische Unterstützungseinrichtungen sowie formelle und informelle Selbsthilfegruppen.

Insbesondere muss die Forschung für eine bessere Prävention massiv unterstützt werden, u.a. durch die Verbesserung der klinischen Versuche mit Medikamenten für ältere Menschen, eine verstärkte Gesundheitserziehung für alle Altersgruppen sowie die Förderung von "Patientenkompetenz" (Gesundheitskompetenz und insbesondere "Lernen für ein langes Leben").

Aufgrund ihrer Auswirkungen im Hinblick auf einen angemessenen Sozialschutz sowie die Gesundheitsvorsorge und Langzeitpflege beeinträchtigt die Krise die Lebensqualität und die Würde älterer Menschen. Gesundheits- und Sozialdienste sollten nicht als ein Kostenfaktor, sondern als eine Investition in die Menschen und den Zusammenhalt gesehen werden. Zu diesem Zweck muss die EU die Strukturfonds besser nutzen, und mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen müssen genügend Mittel für die Gesundheitsversorgung und die Sozialdienste bereitgestellt werden.

DAS ALTERSBILD KORRIGIEREN

Klischees und ein unrealistisches Altersbild sind nach wie vor tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Die Vorurteile in Bezug auf ältere Menschen müssen hinterfragt werden, da sie deren Selbstwertgefühl und ihren gesellschaftlichen Beitrag schmälern. Erstens dürfen Menschen zwischen 65 und 100 Jahren nicht als homogene Gruppe behandelt werden. Zweitens bedienen sich die Gesellschaft und die Medien einer unangemessenen Wortwahl, um die Zunahme der Zahl älterer Menschen zu beschreiben. Und drittens entbehrt die Auffassung, ältere Menschen seien wirtschaftlich nicht aktiv, jeglicher Grundlage.

Es muss ein neues, positives Altersbild aufgebaut werden, das die Leistungen älterer Menschen würdigt und den Respekt vor dem Alter fördert.

Die Regierungen und Verwaltungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sind in starkem Maße dafür verantwortlich, Diskriminierung aufgrund des Alters zu bekämpfen. Durch Medienkampagnen der EU und der Mitgliedstaaten sollte das Altersbild korrigiert und der Schwerpunkt auf die Fähigkeiten und Leistungen älterer Menschen verlagert werden.

ANERKENNUNG DES BEITRAGS ÄLTERER MENSCHEN

Ältere Menschen sind für die Gesellschaft in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht wichtig. Aufgrund des Beitrags, den sie durch ehrenamtliche Tätigkeit und Mitarbeit in demokratischen Institutionen für die Familie und das Gemeinwesen leisten, könnte ihre soziale Funktion beschrieben werden als "das, was die Gesellschaft zusammenhält". In wirtschaftlicher Hinsicht sollte die steigende Zahl älterer Menschen und die damit einhergehende so genannte "Seniorenwirtschaft" als Chance betrachtet werden.

Wenn die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Bürger gefördert wird und sie stärker in den Entscheidungsprozess einbezogen werden und ihre Meinung zu den sie berührenden Themen sagen können, entwickeln sie ein sehr viel stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft.

Hemmnisse für die uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen müssen beseitigt werden. Freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit sollte unterstützt werden, und Institutionen sollten sich öffnen, um eine stärkere freiwillige Mitarbeit älterer Menschen zu ermöglichen, ohne dadurch bezahlte Arbeitsplätze zu ersetzen. Ältere Menschen, die sich im Rahmen von Bürgerarbeit engagieren, dürfen nicht ausgebeutet werden und sollten vor Ausbeutungsversuchen geschützt werden. Freiwilligentätigkeit darf nicht in Konkurrenz zu bezahlter Arbeit stehen.

Staatliche Einrichtungen, Unternehmen und NGO sollten ältere Menschen ermutigen, sich als Kandidaten zur Wahl zu stellen, sich an Wahlen zu beteiligen und sich als Mitglieder in ihren Aufsichtsräten zu engagieren. Die staatlichen Stellen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sind in starkem Maße dafür verantwortlich, mehr Möglichkeiten für die Freiwilligentätigkeit älterer Menschen zu schaffen und durch einen geeigneten Rahmen für korrekte Arbeitsbedingungen zu sorgen. Ältere Menschen sollten ermuntert werden, sich als Freiwillige zu engagieren, wofür Leitlinien für bewährte Verfahren zugrunde gelegt werden sollten.

VERBESSERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR ÄLTERE ARBEITNEHMER

Ältere Menschen bringen ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Arbeitsmarkt ein und sollten nicht aufgrund ihres Alters ausgegrenzt werden. Ein gutes Arbeitsumfeld fördert das psychische Wohlbefinden älterer Menschen und ist für sie ein Anreiz, bis zum Erreichen des Rentenalters und vielleicht sogar darüber hinaus zu arbeiten.

Um die Tragfähigkeit der Rentenkassen zu gewährleisten, werden ältere Menschen zu einer Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit ermutigt. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Berufssparten ist jedoch äußerste Vorsicht geboten bei politischen Maßnahmen, durch die die Lebensarbeitszeit unterschiedslos für *alle* Arbeitnehmer verlängert würde. Ein bei älteren Mitbürgern beliebtes Modell ist eine Kombination aus Teilrente und Teilzeitarbeit. Außerdem vermeiden sie anstrengende körperliche Arbeit. Unabhängig vom gewählten Renteneintrittsalter sollte der Übergang vom Arbeitsleben zur Rente so reibungslos und flexibel wie möglich gestaltet werden.

All dies macht es erforderlich, beschäftigungsbezogene rechtliche Hindernisse zu beseitigen und einen Wandel in der Haltung der Arbeitgeber gegenüber älteren Arbeitnehmern sowie in der Einstellung der Arbeitnehmer gegenüber einer längeren

Lebensarbeitszeit herbeizuführen; darüber hinaus müssen der Gesundheitszustand und die Arbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmer verbessert und die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten an ihre Bedürfnisse angepasst werden. Außerdem müssen die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens ausgebaut werden, in den Sozialschutz- und Steuersystemen müssen die richtigen Anreize gesetzt werden, und der Europäische Sozialfonds muss zur Förderung des aktiven Alterns im Erwerbsleben eingesetzt werden. Eine weitere Option ist die selbstständige Tätigkeit, da sie den älteren Mitbürgern eine stärkere Kontrolle über ihre Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Die Sozialpartner tragen die Hauptverantwortung für die Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den späteren Jahren des Arbeitslebens. Diese Aufgabe macht innovative Verfahren des Personalmanagements erforderlich. Konkret sollten sie folgende Veränderungen erwägen:

- Ausrichtung des Arbeitsumfelds auf ältere Menschen durch Verringerung der körperlichen Belastung und Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie dessen ergonomische Gestaltung;
- Förderung neuer Vertragsformen, speziell für die Zeit des Übergangs vom Vorrenten- ins Rentenalter, die Rechtssicherheit gewährleisten;
- Kulturwandel in Unternehmen hin zur Förderung individueller Fähigkeiten unabhängig vom Lebensalter.

FÖRDERUNG DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN AUF DEM ARBEITSMARKT, AM ARBEITSPLATZ UND IN DER GESELLSCHAFT

Die soziale und wirtschaftliche Realität zeigt, dass eine Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters alleine nicht ausreicht, um die Tragfähigkeit der europäischen Sozialsysteme sicherzustellen. Solide Maßnahmen zur sozialen Eingliederung, Diversifizierung der Altersstruktur und zur Solidarität zwischen den Generationen sind unumgänglich.

Maßnahmen zur Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters dürfen den Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt nicht behindern. Eine flexible Teilrente für ältere Arbeitnehmer, verbunden mit Teilzeitarbeit und Teilzeitausbildung für junge Arbeitnehmer könnte dazu beitragen, die Altersstruktur zu diversifizieren und einen fruchtbaren Austausch zwischen den Erfahrungen und Kenntnissen älterer Arbeitnehmer und dem Know-how jüngerer Arbeitnehmer über neue Technologien ermöglichen. Dies ist wahrer Ausdruck der Solidarität zwischen den Generationen.

Durch stärkere Kontakte zwischen den Generationen am Arbeitsplatz wird das Ansehen älterer Bürger gefördert und Vorurteile und Altersdiskriminierung werden bekämpft. Überdies sind die Unterschiede bei den Fähigkeiten und Fertigkeiten zwischen der jüngeren und der älteren Generation beträchtlich, so dass keine Konkurrenz zwischen den Generationen entsteht. Ganz im Gegenteil: Eine Zusammenarbeit eröffnet die Möglichkeit, das Wissen beider Generationen zu verbinden und ihr soziales und berufliches Leben zu verbessern.

Die Sozialpartner – insbesondere die Arbeitgeber – sind besonders gut in der Lage, diese Solidarität zu fördern, z.B. im Rahmen von Mentoring-Programmen.

VERBESSERUNG DES LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ÄLTERE BÜRGER

Hindernisse, die einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen im Wege stehen, müssen durch die Erstellung und Entwicklung von Programmen für lebenslanges Lernen abgebaut werden, um sozialer Isolation vorzubeugen und die Chancen älterer Menschen auf eine aktive Teilnahme an einer Reihe von Aktivitäten zu erhöhen.

Das gegenwärtige Konzept für lebenslanges Lernen ist für eine alternde Gesellschaft jedoch immer noch nicht angemessen. Ein adäquater Ansatz geht von einem vierstufigen Modell für

lebenslanges Lernen aus (Altersgruppen bis 25, 25-50, 50-75 und über 75). Unbeschadet der Bedürfnisse jüngerer Menschen sollten die Ausbildungsmöglichkeiten auch für die dritte Gruppe verbessert werden. Die Zunahme der vierten Altersgruppe macht auch einen angemessenen Ansatz für lebenslanges Lernen im höheren Alter erforderlich.

Lebenslanges Lernen bietet Senioren eine Reihe von Vorteilen. Es steigert ihre geistige und körperliche Gesundheit, sie kümmern sich mehr um ihre Gesundheit, haben bessere soziale Kontakte, üben häufiger Freiwilligentätigkeiten aus, haben mehr Vertrauen in politische Institutionen, nehmen mehr an Petitionen und politischen Diskussionen teil, haben Zugang zu Computern und Internet usw.

Das Lernumfeld sollte für ältere Mitbürger so geeignet wie möglich sein – mit einem Kursangebot, das ihren Interessen entspricht. Lebenslanges Lernen ist besonders wichtig für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau oder Qualifikationsdefiziten. Ferner sollten besondere Fortbildungskurse für Senioren angeboten werden, um sie dabei zu unterstützen, sich auf den Ruhestand vorzubereiten, mit grundlegenden finanziellen und juristischen Fragen klarzukommen und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu nutzen.

Für Bildung zuständige Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sollten das Lernangebot für Senioren (einschließlich benachteiligter Senioren) sicherstellen, Senioren über ihre Lernbedürfnisse befragen, für die Vorteile des Lernens auf allen Altersstufen sensibilisieren und Unternehmen (evtl. durch Steueranreize) dabei unterstützen, Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer anzubieten.

AUSRICHTUNG DER TECHNOLOGIEN AUF EIN AKTIVES UND GESUNDES ALTERN

Die neuen Technologien gewinnen immer mehr Bedeutung für Aktivität und Unabhängigkeit im Alter. Im Ruhestand sind IKT notwendig, um Kontakte zu halten und gesund und aktiv zu bleiben.

Kommunikationsprogramme wie E-Mail, Skype und Chatrooms machen es älteren Menschen möglich, mit ihren Familien, Freunden und Bekannten in Verbindung zu bleiben und mit anderen Mitbürgern Kontakt aufzunehmen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden. Die Nutzung des Internets für Online-Einkäufe ist insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität von Vorteil.

Andererseits führt die Nutzung von IKT auch zu stabileren Arbeitsplätzen. Arbeitnehmer aller Altersgruppen profitieren von neuen IKT-Kompetenzen, da sie ihnen ein längeres Arbeitsleben ermöglichen. Sie öffnen älteren Mitbürgern den Weg für Telearbeit. Das Verhältnis zwischen den Generationen wird verbessert, wenn jüngere Menschen älteren Mitbürgern technische Kenntnisse vermitteln. Außerdem führt die Nutzung von IKT ältere Mitbürger näher an die demokratischen Institutionen heran (z.B. mittels Referenden, Umfragen oder elektronischen Behördendiensten) und fördert das bürgerschaftliche Engagement.

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht in der Gewährleistung eines unbeschränkten Zugangs zu Software für ältere Menschen, die auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnitten ist (Sehprobleme, Einschränkungen des Tastsinns usw.). Bisher gab es gewisse Vorbehalte gegen die Nutzung von IKT im Gesundheitswesen aufgrund der Tatsache, dass IKT vorwiegend einem technologieorientierten (anstatt einem am Kunden/Patienten ausgerichteten) Ansatz folgen. Deshalb müssen Patienten/Kunden immer stärker in die sie betreffenden IKT-Entwicklungen einbezogen werden.

Das übergreifende Ziel des von der Kommission geförderten Programms "Umgebungsunterstütztes Leben" ist es, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und zugleich die Industriestruktur Europas durch die Nutzung von IKT zu stärken. Das bedeutet, dass mehr Produkte und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter – sei es zu Hause, im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz – entwickelt werden müssen. Es gilt, auf Unionsebene eine kritische Masse an Innovationen und unionsweite Märkte zu schaffen, und die Nutzer bei diesen Entwicklungen mitzunehmen.

Das wäre sicherlich eine kostspielige, aber definitiv lohnenswerte Investition.

IKT können für Diensteanbieter und Nutzer zahlreiche nützliche Funktionen haben: Sie erleichtern Kommunikation, Information und Rationalisierung. IKT sorgen für mehr Professionalität bei den "Nachbarschaftsdiensten" (Hauspflagediensten). Durch die bessere Qualifikation der Diensteanbieter werden die Dienstleistungen höherwertig, durch die organisatorische Straffung der Dienste sind sie leichter und schneller zu erbringen. Da die Mehrheit des Pflegepersonals weiblich ist, ist deren Fortbildung notwendig, um die Qualität der Dienste zu erhöhen und die Lage der Pflegekräfte zu verbessern, indem sie mehr Kaufkraft und größere Arbeitsplatzsicherheit erhalten.

Bei allen IKT-Anwendungen wie e-Learning, e-Health, e-Care und e-Rehabilitation, um nur ein paar wenige zu nennen, müssen ältere Menschen als Zielgruppe gelten. Während der Staat die digitale Inklusion und die Schulung älterer Menschen sicherstellen muss, sollte die Europäische Kommission basisorientierte Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen der IKT-Nutzung fördern. Alle Interessenträger (in erster Linie die Sozialpartner) müssen jedoch bei der Förderung von Zugänglichkeit und Nutzung der IKT beteiligt sein.

GEWÄHRLEISTUNG EINER ANGEMESSENEN, SICHEREN UND TRAGFÄHIGEN ALTERSVERSORGUNG

Die Altersversorgung in der EU wird durch den demografischen Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung ernsthaft beeinträchtigt. Die europäischen Regulierungsbehörden und die einzelnen Mitgliedstaaten sind in der Finanzkrise unter Druck geraten, Lösungen für europaweite Lücken in den Pensionsrückstellungen zu finden. Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben bereits begonnen, ihre Altersversorgungssysteme zu reformieren. Die Herausforderung für die Politik besteht darin, die Probleme der Bevölkerungsalterung zu bewältigen und angemessene Vorschriften zu konzipieren, die tragfähige Renten und Pensionen gewährleisten.

Da ein Beschäftigungszuwachs schlecht bezahlten Arbeitnehmern ohne Ersparnisse nicht hilft, müssen Rentenreformen durchgeführt werden, mit deren Hilfe sich das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung im Alter senken und sicherstellen lässt, dass die jüngeren Generationen nicht durch die Schulden älterer Arbeitnehmer belastet werden.

Damit die Mitgliedstaaten die Herausforderungen, vor denen ihre Altersversorgungssysteme stehen, meistern können, ohne dass deren soziale Dimension verloren geht, ist Folgendes erforderlich:

- Konzentration im Wesentlichen auf die Stärkung der gesetzlichen Renten und Pensionen; Systeme der Zusatzaltersvorsorge können nützlich sein, aber ihr gesetzlicher Rahmen muss zuerst verbessert werden, um ihre Sicherheit zu gewährleisten;
- Rentenpolitik muss stärker auf den Arbeitsmarkt, die Sozialschutzsysteme und die Fiskal- und Wirtschaftspolitik abgestimmt werden; diese Politiken sind miteinander verknüpft und müssen sich gegenseitig stützen;
- Steigerung der Einnahmen der Alterssicherungssysteme durch mehr Beschäftigung, Ausweitung dieser Systeme auf alle wirtschaftlichen und sozialen Gruppierungen, Verbesserung der Beitrags Systeme und Bekämpfung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung;
- Förderung eines längeren Erwerbslebens auf freiwilliger Basis. Eine automatische Anhebung des gesetzlichen Ruhestandsalters auf Grundlage der prognostizierten Steigerung der Lebenserwartung könnte sich als kontraproduktiv erweisen, da dann viele ältere Arbeitnehmer, vor allem solche mit gesundheitlichen Problemen, gezwungen wären, sich auf andere Säulen des sozialen Sicherungssystems zu stützen;
- Verwendung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Unterstützung von Projekten zur Verbesserung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und zur Anpassung von Arbeitsplätzen an ihre Kompetenzen und Fähigkeiten und ihren Gesundheitszustand;
- Verwendung eines Teils der für den ESF für 2014-2020 veranschlagten Mittel zur Unterstützung von Projekten für die Beschäftigung älterer Mitbürger;

- Ergreifen von Maßnahmen, um das durch den Arbeitsmarkt verursachte Rentengefälle zwischen Frauen und Männern zu beseitigen;
- Rechtsvorschriften zum Schutz der Ruhegehälter, um zu gewährleisten, dass Renten und Pensionen über der Armutsschwelle bleiben.

* * *

Der EWSA im Internet:

www.eesc.europa.eu

Der EWSA in den sozialen Medien:



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2013-41-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2013
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

DE



QE-32-13-332-DE-C
ISBN 978-92-830-2118-6



doi:10.2864/47079